

# Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einschließlich Transport monatlich. In der Reichshauptstadt (Berlin) 30 Pf. (Zustellungsgeb.) Streifenabdruck: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Grenz-Dresden 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 10spaltige mm-Zeile im Tageszeitung 14 Pf., Wochenpreis 1,10 RM. Familienanzeigen 6 Pf., die 20 mm breite mm-Zeile im Tageszeitung 1,10 RM. Nachdruck nach Maßgabe I oder II der Reichshauptstadt Berlin. Preise für Anzeigen: 30 Pf., sonst 20 Pf. Zur Zeit II Anzeigenpreisliste Nr. 8 gültig.

Postanschrift: Dresden-Kl. 1. Postfach - Fernruf: Ortsverlehr Sammelnnummer 24601, Fernverlehr 27061-27063 - Teleg.: Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin B. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: 219361 - 219366

Nr. 14

Dienstag, 16. Januar 1936

46. Jahrgang

## Moskau hinter der französischen Krise

Schwierige Verhandlungen um die Regierungsbildung - Erfolgreicher nationaler Vorstoß bei Teruel - Stojadinowitsch bei der Wehrmacht

### Chaumemps' Bemühungen

Paris, 16. Januar

Nachdem gestern, wie schon im ersten Teil der gestrigen Ausgabe berichtet wurde, Léon Blum's Idee einer „Regierung der nationalen Sammlung um die Volkfront herum“ angelehnt an den bekannten Widerstand der bürgerlichen Mittelgruppen gegen einen Eintritt von kommunistischen Kämpfern in eine Regierung gescheitert war, wurde der zurückgetretene, der Radikalsozialen Partei angehörende Ministerpräsident Chaumemps vom Staatspräsidenten aufgefordert, noch einmal sein Glück zu versuchen.

Chaumemps begab sich daraufhin auf die Suche nach einer Mehrheitsbildung. Eine Beteiligung der Kommunisten an einem Kabinett Chaumemps' ist natürlich nicht in Frage. Chaumemps wollte sich vielmehr auf die Volkfrontparteien ohne Einfluß der Kommunisten stützen und diese Volkfront nach der Mitte hin zunächst durch Aufnahme von Vertretern der sozialistischen Parteien und der sogenannten unabhängigen Linken erweitern.

Entscheidend für seinen Erfolg war von vornherein die Haltung der Sozialdemokraten. Diese hatten ihren Widerstand erwidert, der die ganze Nacht hindurch laut. Erst gegen 8 Uhr am Dienstagmorgen ging die Sitzung zu Ende. Sie war reich an Beifällen und heftigen Zusammenstößen und führte in ihrem Verlauf zum Rücktritt des Generalsekretärs der Partei, Paul Faure. Schließlich wurde gegen 8 Uhr morgens gegen zwei Stimmen eine Entschliessung Graziani angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „In Anbetracht der Wichtigkeit, die eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung ausbleibt, spricht die Landtagung der Sozialdemokratischen Partei der sozialdemokratischen Kammergruppe ihr Vertrauen aus, daß sie in Übereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern der Volkfront handeln wird.“

Man nimmt in politischen Kreisen an, daß diese sehr willkürlich formulierten Entschliessung die Genehmigung der parlamentarischen Unterstützung eines Kabinetts Chaumemps' durch die sozialdemokratische Parlamentsfraktion, wenn auch nur auf Zeit und unter allen Vorbehalten, bedeutet. Der gemäßigtere Teil des kommunistischen linken Flügels erhielt nur 1884 Stimmen. Es bleibt zu erwarten, wie weit sich dieses Abstimmungsresultat auf die Haltung der Parteileitung bei den heutigen Verhandlungen mit Chaumemps auswirken wird.

Die „Agence Economique et Financière“ will in politischen Kreisen erfahren haben, daß Bonnet die Übernahme des Finanzministeriums in einem neuen Kabinett Chaumemps' ablehnt habe. Daraus dürfte hervorgehen, daß Bonnet die Übernahme dieses Ministeriums ablehnt. Chaumemps habe auch die Absicht, sämtliche Einzelheiten der nationalen Zentralregierung unter einem Spitzministerium in Paris zu vereinigen.

### Margisten unter sich

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 18. Januar

Die Bemühungen Chaumemps' um eine Bildung der Regierungsbildung wurden gestern abend durch einen radikalen Angriff der Kommunisten erheblich gestört. Der kommunistische Stab richtete sich gegen die marxistische Kontingenzpartei: die Sozialdemokraten. Die Kommunisten beschuldigten Léon Blum, daß er „die Blüte zu früh ins Korn geworfen habe“. Er hätte energischer vorgehen sollen, eine hundertprozentige Volkfrontregierung mit Eintritt der Kommunisten und Gewerkschaften zu bilden. Diese Anklage gegen Léon Blum fand ein weiteres Nachspiel in der

Abschließung des Landesvorstands der Sozialdemokraten.

Der Vorstand war um 21 Uhr zusammengetreten, um darüber zu beraten, ob er in das Kabinett Chaumemps' einzutreten oder ihm nur seine parlamentarische Unterstützung leisten solle. Aber das noch ältere Alter ist nach langem Streit, ob die Volkfront seinen Vertrag zur Regierungsbildung nicht zu früh ausgegeben habe. Die Welter stehen dabei sehr heftig auseinander, und Blum forderte schließlich gegen sich selbst ein Exzerzit pers. v. n. vor dem Zentralrat der Volkfrontparteien. In einem Schreiben an diesen Ausschuss erklärt Léon Blum, daß er „als Politiker und als Privatmann“ verlange, von dem Vorwurf befreit zu werden, als habe er aus irgendwelchen „dünnen Gründen“ auf die Bildung einer Volkfrontregierung verzichtet. Die Kommunisten sind natürlich über die Vermutung, die der Stab in dem Schreiben der Sozialdemokraten angedeutet hat, sehr erzürnt, versprochen

### Kommunistischer Griff nach der Macht

Die Reaktionäre in Frankreich dauern immer noch an. Sie wurde bekanntlich dadurch hervorgerufen, daß die Kommunisten plötzlich das Kabinett Chaumemps stützten. Am Sonntagabend schienen die Bemühungen des sozialdemokratischen Parteiführers Léon Blum um ein Kabinett der nationalen Sammlung um die Volkfront herum den Kommunisten den Weg in die Regierung freigemacht zu haben. An dem Widerstand der bürgerlichen Gruppen scheiterte dieses Experiment.

Wie erst jetzt bekannt wird, hatten die Kommunisten drei Ministerien für sich beansprucht: Post, Krieg und ein Unterstaatssekretariat im Außenamt. Das heißt: die Kommunisten wären durch den Besitz des Postministeriums in die Lage gekommen, den gesamten Briefverkehr zu überwachen, um den Umsturz durch direkte Anweisungen leisten zu können. Durch den Besitz der Airforce und der Kriegsmarine hätten sie die Wehrmacht in der Hand gehabt und könnten diese als denkbar leicht zur Verfügung stellen und fortgesetzt Anweisungen selbst auf die Befehle eines allgemeinen Krieges hin, herüberfahren können.

Der Pariser „Jour“ weist auf diese Gefahren hin und betont, die kommunistische Revolution habe nach dem Weg über die Marine genommen. Durch ein Unterstaatssekretariat im Außenamt hätten die Kommunisten die sofortige Einmischungspolitik in Sowjetpanien in die Wege zu leiten. Diese Forderung der Kommunisten, so berichten verschiedene französische Blätter, sollte durch den Sturz des Kabinetts Chaumemps durch die Kommunisten, der auf Moskau Befehl erfolgte, erreicht werden. Moskau wolle den Außenminister Delbos beseitigen, weil es

ihn vom Sowjetstandpunkt aus für unzuverlässig hielt und in ihm nicht die geeignete Persönlichkeit sah, die weitgehenden Sowjetpläne auf europäischem Gebiet durchzuführen.

Unterdessen hat zwar Davaud ein Dementi verbreitet. Dieses Dementi verneint aber, wie das Warschauer Blatt „Kurjer Warszawski“ schreibt, nur den Eindruck der sowjetrussischen Einmischung in französische Verhältnisse. Denn dieses Dementi bezieht sich mit der Feststellung, daß auf den französischen Volkshafter in Moskau keinerlei Druck hinsichtlich einer Erweiterung des französisch-sowjetrussischen Paktvertrages ausgeübt worden sei. Aus dem Ton dieses Dementis, so schreibt das polnische Blatt, könne man folgern, daß in anderen Angelegenheiten ein Druck tatsächlich ausgeübt wurde. Im übrigen, wo auch ist, pflegt auch Davaud zu sein, und die Tatsache, daß Davaud durch ein besonderes Dementi sowjetrussische Einflüsse auf die französische Regierungsbildung zurückzuführen will, spricht für sich selbst.

Es wirkt angedeutet dieser Vorgänge nur wie Ironie, wenn in einer von den Kommunisten am Montag einberufenen Pariser Massenversammlung Thorez sich pathetisch gegen die „Einmischung der konterrevolutionären englischen Regierung“ in die Krise wandte. Nicht mit Unrecht weist die polnische Telegraphenagentur heute morgen darauf hin, daß im Ausland der Eindruck entstehen müsse, als ob der gegenwärtig komplizierte Stand der Dinge nur der Ausdruck einer „Auseinandersetzung zwischen England und der Sowjetunion auf französischem Boden“ sei.

### Die englisch-irischen Verhandlungen

Keine Einigung in der Hauptfrage - England lehnt Vereinigung von Nord- und Südirland ab

Telegramm unseres Korrespondenten

St. London, 18. Januar

Genau mittag wird sich entscheiden, ob die englisch-irischen Verhandlungen ein Erfolg oder ein Mißerfolg werden. Heute vormittag beraten die englische und die irische Abordnung getrennt. Anschließend treffen sich die Verhandlungsteilnehmer bei einem gemeinsamen Mittagessen zum Meinungsaustausch. Von ihm hängt es ab, ob am Nachmittag und an den folgenden Tagen weitere Verhandlungen stattfinden. Der Grund für diese zweifelhafte Lage ist der ungeklärte Verlauf der gestrigen Besprechungen, mit denen die Verhandlungen eröffnet wurden. Der irische Ministerpräsident de Valera hat die Wiedervereinigung Nord- und Südirlands als eine Voraussetzung für ein endgültiges Abkommen mit England bezeichnet. Mini-

sterpräsident Chamberlain hat darauf erwidert, daß es eine Frage, die die Regierung in Dublin mit der Regierung in Belfast regeln müßte. Die englische Regierung werde seiner Regelung der Teilungsfrage ohne Mitwirkung Nordirlands zustimmen.

Die beiderseitigen Ansichten liegen sich also schräg gegenüber. Es ist ausgeschlossen, daß de Valera den Grundsatze des ungeteilten Irlands aufgeben wird. Es ist aber möglich, daß er sich mit einer Erklärung zufrieden gibt, die in unbestimmter Form eine spätere Regelung im Aussicht stellt. Wie weit die englische Regierung, die ungewissheitlich verhandlungsbereit ist, in dieser Richtung gehen kann, hängt weitgehend von dem Einfluß radikal-konservativer Kreise ab.

Es hat sich doch dadurch eine Stärkung des radikalen Parteiflügels. So kam es denn auch. Der radikale Abgeordnete Vivert stellte die Forderung, ein Kampfbündnis unter sozialdemokratischer Führung zu bilden. Man dürfe sich gerade jetzt nicht vor dem „Dilemma“ der „nationalen Sammlung“ oder der „bürgerlichen Einigkeit“ und ähnlicher Schlagworte einschließen lassen. Alle diese Einseitigkeiten machten natürlich die Stellung Blum's in seiner eigenen Partei sehr schwierig.

Staubung ging der Streit unentschieden hin und her.

Die Erzeugung des linken Parteiflügels wurde noch gesteigert, als Blum mittlerweile Chaumemps' Kabinett bilden, das völlig unabhängig von den Kommunisten sei. Er wolle vor allem vermeiden, daß es wegen irgendeines Wanders der Kommunisten wieder zu einer Regierungskrise kommen könne. Er wolle sich nicht zum zweiten Male von den Kommunisten hängen lassen. Kurz vor 8 Uhr morgens trat also die Sitzung zu Ende. Drei Entschliessungen waren eingebracht worden. Die erste von Léon Blum, die zweite von Vivert, die dritte von Vivert. Léon Blum befragte in seiner Entschliessung, daß der Ministerpräsident Chaumemps nicht eine reine Volkfrontregierung gründen wolle. Er spricht gleichzeitigerweise die Treue der Sozialdemokratischen Partei zum Volkfront und zum Volkfrontprogramm aus und erklärt sich im Namen seiner Partei bereit, an jeder

### Der Krieg in Spanien

Keine „Generalprobe“ für den modernen Krieg

Von Holmut Blume, Hauptmann a. D.

Es wird viel davon geredet, daß der Krieg in Spanien als „Generalprobe“ für einen Krieg der Zukunft betrachtet werden könne, und diese Meinung vertritt sich um so mehr, je weiter man sich von der Möglichkeit einer sachgemäßen Beurteilung entfernt sieht. Weil sehr viel von Luftangriffen und Kämpfen mit Panzerwagen berichtet wird, glaubt man, es mit einem modernen Krieg zu tun zu haben, dessen Verhältnisse sich ohne weiteres verallgemeinern lassen. Das ist aber in keiner Weise der Fall. Es wird dabei übersehen, daß es sich bei dem spanischen Krieg zunächst um eine innere Auseinandersetzung handelt. Dieser Umstand schränkt die „Generalprobe“ wesentlich ein. Es kämpfen — das ist ein grundsätzlicher Unterschied zu einem großen Krieg der Zukunft — keine regulären Armeen gegeneinander, sondern auf beiden Seiten haben improvisierte Truppenverbände. So war es auch bei der spanischen Revolution, als es sich um einen europäischen Krieg, sie war weder militärisch organisiert noch modern ausgerüstet. Die marxistische Regierung hatte zum Beispiel von 22.000 aktiven Offizieren die Hälfte wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen, damit dem Heer die Führer entzogen und ihm das Rückgrat gebrochen. Panzerwagen, Flak und Infanteriegeschütze befanden sich erst im Versuchsstadium.

Als die Truppen Francos losmarschierten, fuhr an Stelle eines Panzerpfeilwagens ein Lastkraftwagen voraus, den man mit Panzerrollen behängt hatte. Nur die Luftwaffe befand sich in einem besseren Zustand, und hierin hatten die Nationalen die Übermacht, was sich sofort vorteilhaft auswirkte, als acht schwere Kampflugzeuge 18.000 Marokkaner, bei jedem Flug etwa 40 Mann in der Maschine, von Afrika nach Spanien herüberholten, die Kriegsmarine zum Trost, die zum größten Teil auf die rote Seite getreten war. Die Marineoffiziere hatte man vielfach ermordet oder ertränkt. Daraus schreie dann die rote Flotte. Man kann Kriegsschiffe nicht mit revolutionären Werten, sondern nur durch Wissen, Können und mit einer disziplinierten Truppe führen.

Damit wird zugleich die wichtige Frage angeschnitten. Auf der roten Seite kostete Anfangs, wie der französische General Armentaud schätzte, etwa 200 aktive Offiziere. Ob diese aber alle mit dem Heer bei der Sache waren? Franco dagegen verfügte über eine größere Anzahl geschulter Führer. Ihnen gelang es auch schneller, aus den Ritzgen — ein Wort, das neben seinem politischen Belegswort, den es im spanischen Krieg erhalten hat, auch einen militärischen Wert charakterisiert — eine besser disziplinierte Truppe zu machen, vor allem aber, sie vielfach zweckmäßiger einzusetzen. Auch der aktive spanische Soldat war mangelhaft ausgebildet. Er diente regulär sowie nur acht Monate, und in den letzten Jahren der marquischen Republik wurde in den Kasernen mehr politisiert als gearbeitet. Eine gut ausgebildete und vor allem für den Angriff ergogene Infanterie ist in Spanien nicht vorhanden. Nachdem Panzerwagen, Artillerie und Flieger in die Kampfabteilungen eingegriffen haben, hatte sich das Verfahren herausgebildet, daß die Infanterie überhaupt nicht mehr angriff, bevor nicht die übrigen Waffen den Gegner aus der Stellung verjagt hatten. Sie besetzte fast nur noch die durch Bomben und Artillerie geschlagenen Stellungen. Die Kampfstellungen sind bitter über diese Verhältnisse, denn sie selbst können einen Kampf entscheidend beeinflussen, aber nicht selbst entscheiden. Ihr Einsatz bedarf, worauf Oberst Joenede in einem Aufsatz im neuen Jahrbuch des deutschen Heeres hinweist, einer mitkämpfenden, gut ausgebildeten Infanterietruppe, die mit allen Waffen ausgerüstet ist. Auch das eine wichtige Lehre. Damit ist nicht gegen die kämpferischen Eigenschaften des spanischen Soldaten gefagt. Er hat im Kampf von Toledo, in Oviedo und in den Kämpferkämpfen bei Brunete gezeigt, daß er in bewundernswürdiger Weise kämpft. Dies soll nur festgehalten werden, daß die besten soldatischen Tugenden nicht ausreichen, wenn sie nicht durch eine sozialisches Auszubildung erhöht und für die vielfältigen Aufgaben, die in einem modernen Krieg der Infanterie harren, nutzbar gemacht werden.

Alle diese Bemerkungen sind in Spanien innenpolitisch bedingt, aber abhängig auch von der geschichtlichen Entwicklung. Innenpolitische Rücksichten sind es auch, die Franco daran hindern, zum Beispiel, die ihm zur Verfügung stehende Luftwaffe nicht voll auszuwerten zu lassen. Wäre dem nicht so, so hätte er Madrid längst durch Luftbomben und auch Artillerie in einen Trümmerhaufen verwandelt oder die Muniti-

### Totius Volkshafter in China abberufen

Telegramm unseres Korrespondenten

Tokio, 18. Januar

Die japanische Regierung hat heute als Folge des Abbruchs ihrer Beziehungen zur chinesischen Zentralregierung ihren Botschafter Kawagoe aus China abberufen.

Der chinesische Botschafter in Tokio hat Japan verlassen.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 2)

### Totius Volkshafter in China abberufen

Telegramm unseres Korrespondenten

Tokio, 18. Januar

Die japanische Regierung hat heute als Folge des Abbruchs ihrer Beziehungen zur chinesischen Zentralregierung ihren Botschafter Kawagoe aus China abberufen.

Der chinesische Botschafter in Tokio hat Japan verlassen.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 2)